Oktober

ZEITUNG DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN WESTBERLIN

Nr. 2 März 82

BRD '82 KRISE OHNE ENDE

Wirtschaftskrisen im Kapitalismus haben etwas eigenartiges an sich. „Gürtel enger schnallen" und Senkung des Lebensstandards, heißt die Parole des Tages, nicht weil es zu wenig, sondern weil es zu viel Waren gibt. Die Arbeitslosigkeit steigt in der BRD an die Zweimillionengrenze, nicht weil es zu wenig, sondern zu viel Produktionskapazitäten gibt. Überfluß statt Mangel stürzen die Gesellschaft in die Krise.

Die kapitalistische Produktion dreht sich nur um eines: Den Profit, nicht aber die Befriedigung von Bedürfnissen. Sie ist eine chaotische Produktion ohne gesellschaftlichen Plan, in der jeder gegen jeden um Marktanteile kämpft. Periodisch kommt es dabei zum Aufbau von Überkapazitäten, die sich nicht mehr profitabel verwerten lassen. Die Profite sinken. Wohin man auch blickt, die wichtigsten Märkte sind heute verstopft oder im Begriff sich hoffnungslos zu verstopfen. So der Stahlmarkt, Schiffsbau, Automobilbau, Textilindustrie, Unterhaltungselektronik, überhaupt der gesamte Konsumgütermarkt. Die wenigen noch wachsenden Märkte (Informationsindustrie, gewisse Bereiche des Maschinenbaus) können dies nicht ausgleichen. Die Folge: ein Verdrängungskampf auf dem verbliebenen Markt.

Lohnsenkungen, Entlassungen, Arbeitsintensivierung und Rationalisierungsinvestitionen, sollen nun die Kosten senken, um die Profitrate wieder zu heben. Die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit" müssen steigen, so tönt es jedem aus dem bundesdeutschen Blätterwald entgegen. Mehr Gewinne – mehr Investitionen – weniger Arbeitslose, lautet die Zauberformel. Und der „Sozial"staat hat dafür zu sorgen, daß die staatlichen Gelder möglichst weitgehend in die Taschen der Unternehmer gescheffelt werden. Vor allem die Sozialausgaben stören diese Herren. „Umschichtung von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben", so wird diese Ausplünderung des Lohnsteuerfonds umschrieben. Daß sich eine große Koalition von SPD bis CDU zu dieser nationalen Aufgabe zusammengefunden hat – bei allem Streit ums Detail, versteht sich – zeigt nur eines allzu deutlich: die vornehmeste Aufgabe des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft besteht nach wie vor darin, den Weg für die Interessen des Kapitals freizulegen.

Doch ist die Regierung nicht besorgt um die steigende Zahl der Arbeitslosen? Hat sie nicht gar die Initiative für ein Beschäftigungsprogramm ergriffen? Wir werden sehen, um was für eine Bescherung es sich handelt.

DAS „BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMM" DER BUNDESREGIERUNG

Als die ständig steigende Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Januar 82 auf zwei Millionen anstieg, sah sich die Regierung gezwungen, nun doch den Forderungen der Gewerkschaften nach einem Beschäftigungsprogramm nachzukommen.

Was schließlich dabei herauskam, nennt sich „Gemeinschaftsinitiative für Beschäftigung, Wachstum und Stabilität". Nicht nur, daß in diesem Paket von den Forderungen des DGB nicht mehr viel übrig blieb – die im Sinne der Interessen der Arbeiter und Arbeitslosen schon fragwürdig genug waren – das Paket ist glatt die Fortsetzung der Maßnahmen zum Abbau der Sozialleistungen. Es ist eine weitere Umverteilungsmaßnahme zu Gunsten des Kapitals auf Kosten der Lohnabhängigen.

Was beinhaltet dieses geplante Paket?

1. Eine zehnprozentige Investitionszulage für die Dauer von zwei Jahren; allen Unternehmen, die 1982 mehr investieren als im Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre, bezahlt der Staat 10% der Investitionskosten. Veranschlagt werden dafür 4 Milliarden DM.

2. Eine einprozentige Mehrwertsteuererhöhung ab 1. 6. 83; dadurch verspricht sich der Staat mehr Einnahmen von 3,2 Milliarden DM 1983 und 8 Milliarden DM 1984, womit die Investitionszulage finanziert werden soll. Wenn dies am Bundesrat scheitert, wie abzusehen, wird es wohl zu weiteren Kürzungen im Sozialetat kommen.

3. Vorgezogene Beitragspflicht der Rentner zur Krankenversicherung um ein Jahr; Die Renten werden ein Jahr früher als geplant um ein Prozent gekürzt, danach jedes Jahr ein weiteres Prozent.

4. Zinsverbilligungen für mittlere Unternehmen

5. und – man höre – eine Liberalisierung des Mietrechts: regelmäßig Mieterhöhungen durch Staffelmiete, abgeschwächter Kündigungsschutz, ein automatisch nach oben strebender Mietspiegel. Neue Mietverträge können sich an der oberen Grenze der Vergleichsmiete orientieren.

Das „Beschäftigungsprogramm" ist ein Umverteilungsprogramm

Alles in allem ein höchst ausgewogenes Paket, das Unternehmern, Hausbesitzern und den im Wohnungsgeschäft engagierten Versicherungsgesellschaften (mit denen Graf Lambsdorff eng verbunden ist) die Finanzen aufbessert und von Rentnern, Mietern und den Konsumenten zu bezahlen ist. „Solidaropfer" nennt dies Wohnungsbauminister Haack.

Aber schon der als Beschäftigungspolitik ausgegebene Teil des Pakets wird wohl kaum neue Arbeitsplätze schaffen: Unternehmen, die real d. h. inflationsbereinigt genau so viel investieren wie in den vergangenen Jahren, können die Zulage einstreichen. Denn wegen der Inflation handelt es sich zahlenmäßig um höhere Beiträge als vor einem, zwei oder drei Jahren. Weiter wird mancher Unternehmer für's nächste oder übernächste Jahr geplante Investitionen dieses Jahr tätigen, um in den Genuß der Zulage zu kommen – ohne also tatsächlich zusätzlich zu investieren (Mitnehmereffekt und vorgezogene Investitionen – bei der Investitionszulage 1974/75 waren 97% vorgezogene oder mitgenommene Investitionen; siehe ‚Metall' vom 17. 2. 82).

Die Investitionszulage wird nicht zweckgebunden, das heißt für beschäftigungswirksame Investitionen, sondern generell bezahlt. Auch wenn ein Boß sich dieses Jahr einen neuen Dienstwagen genehmigt, kann er dafür 10% vom Staat einstreichen.

Das wesentliche an der Investitionszulage aber ist: vermehrte Investitionen hätten mitnichten – ob mit oder ohne Zulage – einen automatisch arbeitsschaffenden Effekt. Der überwiegende Teil der Investitionen dient der Ersatzbeschaffung oder Rationalisierung, führt also zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung.

Die staatlichen Gelder werden also sicher nicht die Arbeitslosigkeit abbauen, sondern die Profitrate der Unternehmer erhöhen, indem sie einen Teil ihrer Kosten übernehmen und sie bei Konsumenten, Mietern, Rentnern wieder eintreiben. Die zusätzlichen Gewinne lassen sich wiederum am besten dadurch noch gewinnbringender einsetzen, indem man weitere Rationalisierungen und Entlassungen vornimmt.

DIE GEWINNE VON HEUTE SIND DIE RATIONALISIERUNGEN VON MORGEN UND DIE ARBEITSLOSEN VON ÜBERMORGEN

Trotzdem sagt die Industrie gegenwärtig „Quatsch!" zu diesem Programm. Warum?

Nach einer Umfrage des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) werden die Unternehmen dennoch weniger investieren als zuvor; die Ertragsaussichten seien unsicher, bei den gegenwärtigen hohen Zinsen sei die Zulage viel zu niedrig, wenn überhaupt Investitionen, dann Modernisierung, Rationalisierung, Ersatzbeschaffung (‚Frankfurter Rundschau' vom 17. 2. 1982).

Das Kapital zieht grundsätzlichere Krisenlösungen gegenwärtig vor. D. h. weniger Staatseingriffe, sinkende Zinsen durch niedrigere Staatsverschuldung, Steuerentlastung etc. Vor allem aber wünscht es sich niedrige Löhne, die die Gewinne in breitem Ausmaß kräftig ansteigen lassen. Dann sei ein wirtschaftliches Wachstum wieder möglich.
Nicht zu Unrecht erscheint ihnen das Beschäftigungsprogramm in seiner Kurzatmigkeit als ein schlechter Witz.

Um ihr Ziel zu erreichen, ist eine Masse von Arbeitslosen, eine große industrielle Reservearmee, das wichtigste und brauchbarste Instrument. Wenn genug Arbeitslose vorhanden sind, die sich zwingen lassen, auch unter miesesten Bedingungen und für wenig Lohn zu arbeiten, dann läßt sich der Teil der Arbeiterklasse, der noch Arbeit hat, am besten unter Druck setzen, niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und erhöhte Ausbeutung zu akzeptieren. Die Drohung mit der Entlassung ist eine wirksame Waffe, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß das sogenannte Beschäftigungspaket Regierung und Kapital gleich dreifach nützt:

– erstens erhält das Kapital staatliche Finanzspritzen;

– zweitens ist dem DGB das Maul gestopft (und der schluckt die Kröte natürlich)

– und drittens wird das Heer der Arbeitslosen eben nicht verkleinert werden. Dieser Hebel, die Lohnabhängigen unter Druck zu setzen, bleibt dem Kapital erhalten.

Wie wenig es dem Staat tatsächlich um den Abbau von Arbeitslosigkeit geht, zeigen ja gerade seine eigenen Sparmaßnahmen, die Rationalisierungen und Stellenstopps im öffentlichen Dienst. Der Staat selbst ist es, der einen wesentlichen Teil der Arbeitslosigkeit produziert, um Gelder für die Privatwirtschaft frei zu bekommen.

Der Arbeiterklasse nützt es nichts, sie darf es bloß bezahlen.

Und was ist mit einem staatlichen Investitionsprogramm?

Das jetzt verabschiedete Programm verdient seinen Namen allenfalls deshalb, weil es die Selbstbeschäftigung der Regierung und Gesetzesorgane sichert. Und weil es vorerst der Weiterbeschäftigung der Regierung selbst dient, indem es dem Zerfall der maroden Koalition noch einmal Aufschub gewährt.

Dem DGB hat dieses Paket erst einmal den Wind aus den Segeln genommen, obwohl er etwas anderes vorgeschlagen hatte:
Direkte staatliche Aufträge, über fünf Jahre verteilt, mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden DM, davon sollten in den Bereichen Energie, Umweltschutz, Wohnungsbau, Bildung und Verkehr und Forschung Projekte finanziert werden, die neue Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie mittelfristig verbessern sollten. Bezahlt werden soll dieses Programm durch Staatsverschuldung, eine Ergänzungsabgabe von besser Verdienenden und eine Arbeitsmarktabgabe von Beamten und Selbständigen.

Auf einer Großveranstaltung der IG Bau-Steine-Erden in Essen garnierte der Vorsitzende Sperner das Verlangen nach einem solchen Programm mit weiteren Forderungen wie: Beschleunigte Verwirklichung von neuen Atomkraftwerken, Autobahnen, Flughäfen etc. Zu große Nachgiebigkeit gegenüber Bürgerinitiativen und Hausbesetzern machte er mitverantwortlich für die Arbeitslosigkeit im Bausektor.
Des weiteren kritisierte er den „überzogenen Mieterschutz". „Durch Sozialhilfe und Unterbringung von Asylbewerbern seien allein in Berlin , Hamburg, Stuttgart und Frankfurt dreihundert Millionen DM an Investitionsmitteln verloren gegangen" (FR vom 25. 1. 82, FAZ vom 26. 2. 82).

Also Hausbesetzer und Ausländer sind, nach Meinung dieses Bürokraten, mal wieder Schuld an der Krise, nicht etwa das Kapital – deswegen muß diesem ja auch geholfen werden. Selbstverständlich gibt es auch in dieser Gesellschaft vieles, was im Sinne der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse gebaut und neu hergesetellt werden muß, z. B. im Wohnungsbau oder Umweltschutz. Das Kapital produziert aber nicht, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profit zu erzielen.

ÜBER REAGANOMICS, DEUTSCHE WELTMARKTEXPANSION UND DAS VERDIENST DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN

Um eine Wirtschaftskrise im Kapitalismus zu „lösen", braucht es immer zweierlei: Erstens einen nachhaltigen Anstieg der Profitrate. Das Kapital investiert nur dann, wenn es Gewinne erwarten kann. Dazu müssen die Kosten, vor allem die Löhne in der Krise gesenkt werden. Die Märkte müssen entsprechende Preise hergeben. Zweitens braucht es wachsende Absatzmärkte, für die neue Investitionen lohnen. Für beides sorgt normalerweise die „Reinigungskrise", welche periodisch die kapitalistische Geselischaft heimsucht. In ihr werden Betriebe in den Bankrott getrieben, so in der BRD 1981 11500. Überschüssiges Kapital wird so weit vernichtet, bis die überlebenden Kapitalisten auf den bereinigten Märkten erneut expandieren können.

Man mag über Reaganomics und Thatcherism zetern wie man will, eines haben sie glasklar erkannt: Wenn die Krise notwendig ist, um die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals zu bessern : dann muß der Staat grade diese Reinigungskrise unterstützen, ja verschärfen. Die verfemte Hochzinspolitik hat vor allem die Funktion, die unproduktivsten Unternehmen vom Markt zu werfen. Drastische Lohnsenkungen, Steuererleichterungen für die Unternehmen, also eine massive Einkommensumverteilung sollen gleichzeitig den Boden für die nachhaltige Erhöhung der Profitrate bereiten, wenn die Talsohle einmal überschritten ist. Das ist der Kern der Supply side economy, der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Daß die Hochzinspolitik der Inflationsbekämpfung dient, wie offiziell beteuert wird, ist faktisch ein Witz: erstens kann die Geldmenge gar nicht kontrolliert werden, da die Privatbanken Buchgeld schöpfen können, zweitens setzen die Unternehmen bei erhöhten Zinskosten die Preise herauf: die Inflationsrate steigt. Damit das Modell funktioniert, müssen allerdings nach der Reinigungskrise, deren Ende in den Sternen steht, die Zinsen rasch gesenkt werden.

Das Problem ist bloß: Die stinknormale Reinigungskrise reicht offensichtlich nicht mehr aus, um einen neuen Boom einzuleiten. Auch bei den verschämten Klimmzügen, die der Kapitalismus noch zustande bringt, bleibt doch ein Millionensockel von Arbeitslosen bestehen. Das wird, wie Graf Lambsdorff für die EG zu berichten wußte, auch im nächsten Jahr nicht anders sein. Der Grund für diese düsteren Perspektiven ist unschwer zu erkennen. Der Kapitalismus hat für seine expansiven Phasen immer riesigerer neuer Märkte bedurft. Diese Kanäle sind heute verstopft.

– Die „Entwicklungsländer" entwickeln sich eben nicht. Ihre Entwicklung stagniert. So sehr sich Nord-Süd-Konferenzen und -Kommissionen die Köpfe zerbrechen, ein wirkungsvoller Absatzmarkt für die imperialistische Wirtschaft tut sich hier nicht auf. Selbst die OPEC-Staaten müssen angesichts fallender Ölpreise ihre Warenimporte kappen.

– Auch die Blütezeit des Osthandels neigt sich ihrem Ende zu, wie die Wirtschaftskrisen in Polen und Rumänien signalisieren.

Was bleibt also, als auf dem Weltmarkt sich gegenseitig aus dem Felde zu schlagen. Die Multis rüsten zum Kampf. Die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten, ihrer Rolle bewußt hilft kräftig mit.

Der deutsche Imperialismus hat, wie der japanische, aufgrund seiner hochentwickelten Produktivität gute Karten. Er setzt auf die „friedliche Expansion" auf dem Weltmarkt. Damit verlagert er die Krise ins Ausland. Denn was deutsche Firmen absetzen, geht auf den enger werdenden Märkten ausländischen Unternehmen verloren. Um international Kostenvorteile zu erzielen, sind Rationalisierungen und Lohnkostensenkungen erforderlich, so das Unisono von Unternehmen und Regierung. Die Gewerkschaften wollen sich diesem „Sachzwang" nicht verweigern, wenn sie auch in das Terzett von Unternehmern, Staat und DGB einige Mißtöne bringen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ihnen allemal wichtiger als Reallohnsicherung. An das Märchen von der Vollgeschäftigungspolitik glaubt ohnehin niemand mehr, der in Amt und Würden sitzt. Vollbeschäftigung würde sofort höhere Löhne durchsetzbar machen. Dieser Kostenfaktor der Löhne ist entscheidend, nicht der von den Gewerkschaften immer wieder rührend beschworene Nachfrageeffekt hoher Löhne (siehe Artikel zur Unterkonsumtionstheorie).

Doch ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Krisenverlagerung nach außen nicht mehr funktionieren wird, und der Export selbst inden Strudel der Weltmarktkrise gerät. Nicht nur, daß diese Strategie die Kosten der Krise auf die Arbeiterklassen anderer Länder abwälzt, sie wird sich auch für die westdeutsche Arbeiterklasse in absehbarer Zeit als Sackgasse erweisen.

Dann wird die Zeit reif für jene Lösung, auf die der US-amerikanische Imperialismus eingeschwenkt ist. Der deutschen und japanischen Konkurrenz nicht gewachsen, hat er einen historisch nicht besonders originellen Weg gewählt: Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. In den USA sind Konzepte entwickelt worden, durch Rüstungsaufträge den Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen. Das ist der Weg, den nach der Weltwirtschaftskrise der deutsche Faschismus eingeschlagen hatte. Durch Rüstungsproduktion sichert der Staat Schwerindustrie und Maschinenbau kontinuierliche Aufträge. Was aber auf den ersten Blick so unökonomisch scheint, nämlich daß hier Güter produziert werden, die keine weitere ökonomische Verwendungen finden können (weder in Produktion noch in Konsum eingehen) – das ist vom Standpunkt des Kapitals grade rationell. Rüstungsgüter können die Überproduktionskrise nicht verschärfen. Allerdings heizt Rüstungsproduktion die Inflation an, da sie über staatliche Geldschöpfung ohne entsprechendes Warenangebot finanziert wird – was einmal mehr zeigt, daß die Inflationsbekämpfung nicht zentraler Inhalt der Reaganomics ist. Letztlich wird die Rüstung also aus den Taschen der Lohnabhängigen finanziert, was wiederum den Konsumgütermarkt weiter einengt.

Trotzdem verlangt die Logik der kapitalistischen Krise letztlich nach dem Einsatz der Rüstungsgüter: im Krieg nämlich, der die sinnvolle Eigenschaft besitzt, die Produktion sprunghaft anzuheizen. Krieg ist Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln. Nichts kann so effektiv Produktionskapazitäten vernichten, und neue Märkte erobern, wie der Krieg. Er ist die beste Reinigungskrise, genau das, was der Kapitalismus braucht und immer gebraucht hat.

Die zielgenauen NATO-Mittelstreckenraketen sind das Mittel, den Atomkrieg so effektiv führbar zu machen, daß die osteuropäischen Märkte aufgebrochen werden könnten. Ökonomisch wären sie eine leichte Beute für die produktiveren imperialistischen Kapitale, denen jetzt jedoch das Staatsmonopol dieser Länder den Zugriff versperrt. Was der deutsche Imperialismus im zweiten Weltkrieg nicht schaffte, sollen jetzt die NATO-Raketen erledigen.

DIE ZUMUTUNGSKLAUSEL

Man sage nicht, die Regierung tue nicht doch etwas gegen die Arbeitslosigkeit; wenn sie schon nicht für Arbeitsplätze sorgt, dann eben für das Verschwinden der Arbeitslosen aus der Statistik! Das ist der Sinn der neuen Zumutbarkeitsklausel, der „Qualifikationsrutschbahn", mit der die Regierung das Halali zur Jagd auf die Arbeitslosen bläst. Sollte ein Arbeitsloser die neuen Zumutungen nicht akzeptieren, so fliegt er aus Vermittlung und Statistik, sein Arbeitslosengeld wird gestrichen. Der Weg zur Zwangsvermittlung und letztlich Arbeitsdienst ist damit beschritten.

→

V.i.S.d.P. H.Meyer
Fichtestr. 31 1 Berlin 61

VERTEILUNG DER ARBEIT AUF ALLE HÄNDE

BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

Statt gemeinnützige Therapievorschläge für den Kapitalismus zu machen, reaktionäre Phrasen gegen Ausländer und Hausbesetzer zu dreschen, wie z. B. Rudolf Sperner das tut und vom „Recht auf Arbeit" zu faseln, sollte die Gewerkschaftsführung besser den Kampf gegen Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit wirklich aufnehmen.

Ein Recht auf Arbeit hat nur einer: das Kapital; nämlich das Recht, die freie Arbeitskraft zu benutzen und für seinen Profit auszubeuten. Das Recht, Arbeit zu nehmen, wenn man sie braucht – deutsche und ausländische Arbeiter, wenn der Bedarf groß ist – und sie wieder zu entlassen, wenn man sie nicht mehr nötig hat. Hire and fire, das ist das reale Recht auf Arbeit.

Die Arbeiterklasse hat nicht das Interesse, möglichst viel zu malochen und sich für den Profit verschleißen zu müssen, um ihren Lebensunterhalt zu erwerben, der doch immer ein ungesicherter bleibt.

Das Interesse der Arbeiterklasse ist es, den gesellschaftlichen Reichtum, den sie allein produziert, zu ihrem Nutzen zu verwenden. Deswegen muß das Resultat erhöhter Produktivität die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich sein. Im Kapitalismus ist jedoch die Folge Arbeitslosigkeit auf der einen und verschärfte Arbeitshetze auf der anderen Seite.

Die Verteilung der Arbeit auf alle ist die einzig wirksame dauerhafte Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit. Nur die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zwingt die Unternehmer, tatsächlich Neueinstellungen vorzunehmen. Sie kann eine Verbindung im Kampf zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen schaffen und die Spaltung der Arbeiterklasse nach Nationalitäten und Geschlecht verhindern.

Zwei wesentliche Bedingungen müssen die Lohnabhängigen stellen:

1. *Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich*
2. *Arbeitszeitverkürzung ohne Erhöhung der Arbeitsintensität, bei vollem Personalausgleich*

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist nichts anders als Kurzarbeit. Sie wird die Arbeiter und Angestellten zu Überstunden zwingen. Warum sollen sie, die zeit ihres Lebens die Profite des Kapitals mehren müssen, für die Krise des Ausbeutungssystems zahlen?

Ein Personalausgleich ist notwendig, um zu verhindern, daß bei verkürzter Arbeitszeit genausoviel produziert wird, wie in einer 40-Stunden-Woche. Dazu ist die Kontrolle der Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen notwendig.

Wenn man erkennt, daß die Verteilung der Arbeit auf alle Hände die einzig prinzipielle Antwort auf die Krise ist, dann muß man auch die Schlußfolgerung akzeptieren, daß dies keine harmonische Lösung mehr sein wird. Um die Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, braucht es mehr als die übliche Tarifgymnastik, die die Gewerkschaftsführung bisher vorturnte und in der die Beschäftigten nur als Statisten mitwirken durften. Dazu braucht es einen *Erzwingungsstreik*, hinter dem die geschlossene Macht der Gewerkschaften steht. Denn die Lohnabhängigen werden sich nicht nur der geschlossenen Front der Unternehmer, sondern auch dem Staat mit seiner Justiz und Polizei gegenüber sehen. Im Stahlstreik von 1978 hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung jedoch gezeigt, daß sie vor dieser Konsequenz zurückschreckt. Mit einer sozialpartnerschaftlichen statt klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung wird es in der Tat keine Erfolge geben.

Das Kapital wird eine Arbeitszeitverkürzung, die seine Kosten wesentlich heraufsetzt, nicht untätig zulassen. Es wird mit Investitionsstreiks und Kapitalflucht antworten. Dies kann nur mit einer uneingeschränkten Arbeiterkontrolle über das Kapital verhindert werden. Wenn ein Unternehmen nicht mehr zu Erhaltungsinvestitionen bereit ist und statt dessen den Betrieb verkommen läßt, fordern wir seine entschädigungslose Enteignung.

Wesentliche Einzelgewerkschaften wie die IG Chemie mit ihrer Tarifrente orientieren jedoch heute offen auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Schlau wie sie sind, haben diese Bürokraten erkannt, daß ein Lohnausgleich dem „leidenden" Kapital und seiner Position auf den Weltmärkten schaden würde. Solange die Gewerkschaften das kapitalistische System kurieren wollen, müssen sie die Interessen der Lohnabhängigen dem geheiligten Profit zum Opfer bringen. Umgekehrt, wollen die Arbeiter ihre Interessen durchsetzen, so müssen sie diesem System den Todesstoß versetzen, das mit eherner Notwendigkeit immer wieder Krisen und Krieg produziert. „Man soll die Kuh nicht schlachten, die man melken will" – soweit der DGB. Aber bei einer todkranken Kuh ist eine Notschlachtung allemal die bessere Lösung.

Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen!

Der DGB spuckt zur Zeit große Töne, doch mit seiner Opposition ist es nicht weit her. Sein untergebügelter Alternativvorschlag war nämlich gewesen, „wegen der unendlichen Vielfalt der Qualifikationen nicht fünf, sondern mindestens zehn Qualifikationen zu berücksichtigen!" (FR vom 10. 3. 82) Fürwahr ein grandioser Einwand! Auf der ersten DGB-Protestkundgebung fiel aus Janzens Munde der nächste Hammer: Vorrang für das „faktische Recht auf Arbeit" vor dem „vermeintlichen Recht auf Profit". Doch nicht genug damit, daß dieses Vorstandsmitglied der IG Metall offensichtlich nicht weiß, wo er lebt. Wer soll dieses Recht durchsetzen (wo es doch schon faktisch ist)? „Arbeitgeber und Politiker"! Abgesehen davon, daß die Unternehmer grade keine Arbeit geben, sondern Arbeit nehmen, d. h. ausbeuten, und vielmehr die Arbeiter ihre Arbeitskraft hingeben – mit solchen schöngeistigen Appellen an das soziale Gewissen der Kapitalisten kann man sich bestenfalls den Arsch abwischen.

„Was hast du im Schädel, nur Dreck oder Stroh, bist du so dumm, oder tust du nur so?" (Biermann)

DIE UNTERKONSUMTIONSTHEORIE DER GEWERKSCHAFTEN – EIN ALTER HUT MIT VIELEN LÖCHERN

Die Unterkonsumtionstheorie will die Krisen aus unzureichender Konsumgüternachfrage erklären. Tatsächlich schrumpft zur Zeit der innere Konsumgütermarkt aufgrund sinkender Lohneinkommen beträchtlich. Diese an sich richtige Beobachtung erklärt jedoch nicht die Krise. Die Unternehmer senken die Lohnkosten, entlassen und schränken ihre Investitionen ein, weil ihre Profitrate gesunken ist. Die Unterkonsumtionstheorie verschleiert diese entscheidende Triebfeder der Krise und glaubt deshalb an eine harmonische Überwindung im Rahmen des Systems: höhere Löhne – höherer Absatz – Zunahme der Investitionen – Neueinstellungen. Sozialpartnerschaft perfekt. Daß die Unternehmer jedoch nicht dumm sind, wenn sie auf diese idyllische Therapie nicht anspringen, liegt daran, daß die Sache doch einen Haken hat.

Eine Steigerung des Verbrauchs hätte einen Nachfrageeffekt zunächst nur auf die Konsumgüterindustrie. Da deren Profitrate durch die Lohnerhöhungen gleichzeitig jedoch gesenkt würde, wird sie nicht investieren. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln wird sich nicht erhöhen, die Produktion kaum ausgeweitet werden. Statt dessen wird die Konsumgüterindustrie die gestiegene Nachfrage nutzen, um die Preise und damit ihre Profitrate zu erhöhen. Es kommt zur Stagflation = Inflation plus Stagnation. Genau dies war in der Krise 1973/74 der Fall.

Die Lohnabhängigen müssen in der Krise in immer schwereren Kämpfen ihren Lebensstandard verteidigen. Doch die Gewerkschaften streuen ihnen Sand in die Augen, wenn sie behaupten, daß die notwendigen Lohnerhöhungen (die sie real eben doch nicht durchsetzt) im Grunde „der" Wirtschaft dienten. Statt Klartext zu reden, nämlich daß innerhalb dieses Wirtschaftssystems kein Raum mehr bleibt für eine Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen, vernebelt die Bürokratie die wirkliche Situation, da sie selbst mit diesem System verwachsen ist.

Die staatliche Nachfrageankurbelung durch Investitionsprogramme war immer das zweite Standbein gewerkschaftlicher Vorstellungen. Doch schon seit der Weltwirtschaftskrise von 1973/74 hat die Bundesregierung dieser Konzeption im Grunde den Laufpaß gegeben. Staatliche Nachfrageerweiterung hat die Reinigungsfunktion der Krise immer nur verschoben und damit zum Erhalt unproduktiver Überkapazitäten beigetragen. Da die gefallene Profitrate konserviert wird, erhöhen die Unternehmer die Preise statt die Produktion. Das Resultat ist wieder die Stagflation. Zudem müßten staatliche Investitionsprogramme durch Kreditaufnahme finanziert werden, was Zinsen und Inflation in die Höhe treibt.